

Neue Strategie für mehr Radverkehr

Göppingen macht sich auf den Weg zur fahrradfreundlichen Kommune – 15 Projekte

Als Teil seiner neuen Radverkehrsstrategie will Göppingen unter anderem die Einbahnstraßen freigeben, sichere Schulwege gestalten und Stellplätze schaffen. Im Umweltausschuss meldeten sich Kritiker zu Wort.

ARND WOLETZ

Göppingen. In vielen Treffen und Workshops hatten sich die etwa 80 Teilnehmer des Forums Radverkehr Gedanken gemacht, Strategien erarbeitet und mit viel Herzblut an Verbesserungen gearbeitet. „Sehr konstruktiv“ sei das gewesen, berichtete Helmut Renftle, Leiter des Fachbereichs Tiefbau, Umwelt und Verkehr. Jetzt sind die Ergebnisse in die Radverkehrsstrategie eingeflossen, die am Donnerstag im Umweltausschuss vorgestellt wurde. Die Konzeption soll in den kommenden Jahren als Leitbild dienen, wie der Radverkehr weiterentwickelt werden kann. Das Ziel ist ehrgeizig: Der Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen soll bis 2025 verdreifacht werden. Derzeit hinkt Göppingen gegenüber dem Landesdurchschnitt noch hinterher. Dabei wies Helmut Renftle darauf hin, dass Radfahren im Alltag nicht nur eine Beitrag zum Klimaschutz leiste, sondern auch für stadtverträgliche Mobilität und zur Gesundheitsförderung.

In der Radverkehrsstrategie, die Ende November im Gemeinderat verabschiedet werden soll, stehen als mögliche Schritte die Freigabe von Einbahnstraßen, mehr rot gefärbte Schutzstreifen im „Göppinger Design“. Außerdem sollen Ampeln besser auf Radfahrer ausgerichtet und mehr Abstellplätze an zentralen Punkten eingerichtet werden. Es geht aber beileibe nicht nur um Infrastruktur. Auch die Wert-



Fahrradfahrer werden am Göppinger Bahnhof derzeit noch recht stiefmütterlich behandelt. Mit der neuen Radverkehrsstrategie soll sich der Stellenwert ändern. Dazu gehört auch ein Fahrradparkhaus im Bahnhofsgebäude. Foto: Staufenpress

schätzung des Alltagsradverkehrs und ein fahrradfreundliches Klima sind als Ziele genannt. Das hat sich aber noch nicht bei allen Stadträten durchgesetzt. Horst Wohlfart (FDP/FW) beispielsweise sah in all dem eine „übertriebenen Euphorie“ für den Radverkehr und forderte vor allem, man solle auf das Geld achten. Ein Dorn im Auge waren ihm vor allem die Kosten für das geplante Fahrradparkhaus am Bahnhof (siehe Kasten). Es sei „ein Moloch, der im Jahr mehr als 30 000 Euro verschlingt“. Auch Volker Allmendinger (CDU) forderte, ein Fahrradparkhaus müsse kostendeckend arbeiten. Er warnte vor dem Plan, die Fußgängerzonen morgens und

abends für Fahrradfahrer freizugeben, denn das habe vermutlich Sachbeschädigungen zur Folge. Auch die Freigabe von Einbahnstraßen für Fahrradfahrer ist in Allmendingers Augen zu gefährlich.

Rückendeckung bekam das Radverkehrskonzept gestern von den Grünen: Fraktionschef Christoph Weber schrieb in einer Pressemitteilung, es sei „Teil eines modernen Verkehrskonzepts, welches alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt berücksichtigen muss. Dazu gehören sichere Schulwege genauso wie eine bessere Erreichbarkeit der Innenstadt und ihrer Einzelhandelsgeschäfte sowie die Beseitigung von unnötigen Barrieren.“

Das geplante Fahrradparkhaus im Bahnhofs-Flügel

Einen Glücksfall nennt die Stadtverwaltung es, dass die Kommune im Seitenflügel des Göppinger Bahnhofs eine 220 Quadratmeter große Fläche von der Bahn mieten und zum Fahrradparkhaus umbauen kann. Das Parkhaus ist auch Teil der Neuordnung des Bahnhofsplatzes.

Mitte November fällt im Gemeinderat die Entscheidung. Dann sollen für etwa

180 000 Euro gut 100 Anlehnbügel sowie 40 abschließbare Boxen eingebaut werden. Die Stadt bekommt einen Zuschuss von 45 000 Euro aus einem Sonderförderprogramm des Landes.

Die Bügel sind kostenlos. Die Boxen sollen acht Euro pro Monat Miete kosten. Das Parkhaus wird täglich zwei Mal gereinigt und ist von 5 bis 21 geöffnet.

Die laufenden Kosten liegen bei gut 30 000 Euro pro Jahr.

Die Forderung, das Fahrradparkhaus müsse kostendeckend arbeiten, nannte Renftle unrealistisch. Auch Nachbarkommunen zahlen für die Fahrradparkhäuser drauf. Christoph Weber machte darauf aufmerksam, dass das Mieten der Flächen viel günstiger sei als ein Neubau.